

Nur Mut! – Mediation in der Politik

Die Bundestagswahl 2017 markiert in vielerlei Hinsicht eine Zäsur. Von der Politik werden neue Fertigkeiten bei der Erarbeitung belastbarer Kompromisse und tragfähiger Konstellationen verlangt. Und auch der erfolgreiche Volksentscheid für den Weiterbetrieb des Berliner Flughafens Tegel macht deutlich: Respekt, Redlichkeit und Kreativität müssen in der Politik an die Stelle altgedienter und bequemer Rituale treten, wenn verlorenes Vertrauen zurückgewonnen werden soll. Zum Gelingen kann Mediation, dies die These der nachfolgenden Gedanken, einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein Plädoyer von Gernot Barth und Stefan Grüll

Gut 70 Prozent der Deutschen sind mit der Demokratie zufrieden. Mit 75 Prozent bei den letzten Bundestagswahlen hat sich die Wahlbeteiligung positiv entwickelt. Der Einzug einer Partei rechts von der Union markiert eine Zäsur. Gegen Erosionen aber, wie sie zuletzt in Frankreich (43 Prozent Wahlbeteiligung), bei der Wahl Trumps oder auch bei der Entscheidung für den Brexit in Großbritannien in drei westlichen Demokratien zu beobachten waren, scheint Deutschland immun. Dennoch: Nur noch 21 Prozent der Deutschen haben Vertrauen in die etablierten Parteien. Eine Akzeptanzkrise, die sich auf Sicht zu einer Legitimationskrise des demokratischen Systems entwickeln kann.



Für eine Renaissance der Redlichkeit!

Alle Parteien sind gefordert, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Die Besinnung auf eine Streitkultur des redlichen Ringens um die besten Lösungen der drängendsten Probleme ist dafür unverzichtbar.

Es ist Konsens, dass

- Streit in einer lebendigen Demokratie unverzichtbar ist;
- Vertrauen nur über Redlichkeit in der Auseinandersetzung wieder aufgebaut werden kann;
- Transparenz bei der Entscheidungsfindung Voraussetzung dafür ist, Akzeptanz für das Ergebnis zu schaffen.

Unvoreingenommenes Zuhören und kritisches Hinterfragen – die Essentials erfolgreicher Mediation also – sind in den politischen Willensbildungsprozess zu implementieren, um damit

- die Streitkultur im politischen Raum zu fördern;
- die Qualität politischer Entscheidungen zu steigern;
- die Akzeptanz gegenüber politischen Institutionen zu sichern.

Schon gewusst?

Nichtwähler haben jegliches Vertrauen in die Politik verloren

In einer qualitativen Studie haben Forscher Nichtwähler aus drei Göttinger Problemvierteln zu Gründen für ihre Entscheidung befragt. Demnach nehmen Nichtwähler Politik häufig als abgehoben und entfremdet wahr, weshalb die Thematik in ihrem Alltag auch kaum eine Rolle spielt. Sie sind davon überzeugt, dass Politik nicht in der Lage ist, ihr Leben positiv zu beeinflussen – auch nicht auf lokaler Ebene. Ihre Einschätzung geht so weit, dass sie Politik per se als bevormundend und wenig hilfreich empfinden; politisches Engagement gilt als verdächtig, teilweise sogar als kompromittierend. Um die Gunst der Nichtwähler zurückzugewinnen, empfehlen die Forscher den Parteien langfristige Projekte, in denen mit konkreter Hilfe vor Ort wieder Vertrauen in die Politik aufgebaut werden könne.

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2016): Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln. Online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12567.pdf>.

Die Mediation politischer Entscheidungsprozesse reanimiert den dialektischen Diskurs und zwingt zur Konzentration auf den Austausch sachlich und fachlich fundierter Argumente.

Von der Parteidemokratie zur Mediendemokratie – noch Segen oder nur noch Fluch?

Was bloß ist aus dem Artikel 21 Grundgesetz (GG) geworden? Die Parteien hatten den verfassungsrechtlichen Auftrag, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken – in der Bonner Republik quasi mit Monopolstellung. Gesellschaftliche Gruppen, Kirchen, Gewerkschaften und andere brachten sich mit ein, ohne Parteien aber lief nichts. Die Rolle der Presse im massenmedialen Zeitalter aber hat zu einer tief greifenden Veränderung geführt. Die Parteidemokratie ist zur Mediendemokratie mutiert. „Während in der pluralistischen Parteidemokratie [...] die Medien die Politik beobachten sollten [...], beobachten in der Mediendemokratie die politischen Akteure das Mediensystem, um von ihm zu lernen, was sie und wie sie sich präsentieren müssen“ (Meyer 2002: 7). Laut schlägt leise. Pointe statt Position. Der dialektische Diskurs hat mangels Quote keinen Sendeplatz mehr.



Wer entscheidet eigentlich, wie entschieden wird?

Abgeordnete sind nach Artikel 38 GG Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Soweit die Theorie. Die Realität: „Die Parteien [...] tun, als ob Abgeordnete ihnen gehören würden“ (Dittberner 2008: 1). Die Führung entscheidet über Karrieren. Das Gewissen eines Abgeordneten darf dem nicht im Wege ste-

Anzeige

- Institut für Kommunikation und Mediation
- Dr. Barth

Leipzig | Berlin | Tel.: 0341 22 54 13 50 | E-Mail: kontakt@ikome.de | www.ikome.de

hen. Aber auch externe Kräfte beeinflussen die Volksvertreter: die Lobbyisten! „Keine Transparenz, wenig Regeln, dafür der Glaube, dass das freie Spiel der Lobbyisten dem Allgemeinwohl am besten dient“, so Imke Dierßen, politische Geschäftsführerin von LobbyControl, am 21. Juni 2017 in Berlin. Das Misstrauen gegenüber „dem System“ erscheint nicht unberechtigt.

Wenn die Politik Beteiligung sagt und Placebo meint – Bürgerbeteiligung, Schlichtung, „Mediation“.

Ist Stuttgart 21 nicht ein prominentes Beispiel dafür, dass die Politik die Mediation längst für sich entdeckt hat? Heiner Geißler, der 2010 über Wochen die Sitzungen der zerstrittenen Parteien leitete, wurde in den Medien zumindest immer wieder auch als Mediator bezeichnet. Weder Verlauf noch Erarbeitung des Ergebnisses entsprachen allerdings dem Mediationsstandard. Geißler verkündete unter dem Projekttitel „Stuttgart 21 Plus“ seine Idee einer Lösung, und Ministerpräsident Stefan Mappus resümierte begrifflich konfus: Auch in Zukunft müsse nach den guten Erfahrungen mit der Schlichtung eine Mediation möglich sein (schlichtung-s21.de).

Mediation dagegen folgt unverhandelbaren Grundlagen. Dazu gehört, dass der Mediator keinen eigenen Vorschlag unterbreitet, vielmehr die Konfliktparteien eigenverantwortlich etwaige Lösungen erarbeiten.

Amoralisch. Gut! – Mediation in der Politik

Konfliktmanagementverfahren in Form der Mediation sind amoralisch und eben deshalb so erfolgreich (Prußky 2017).

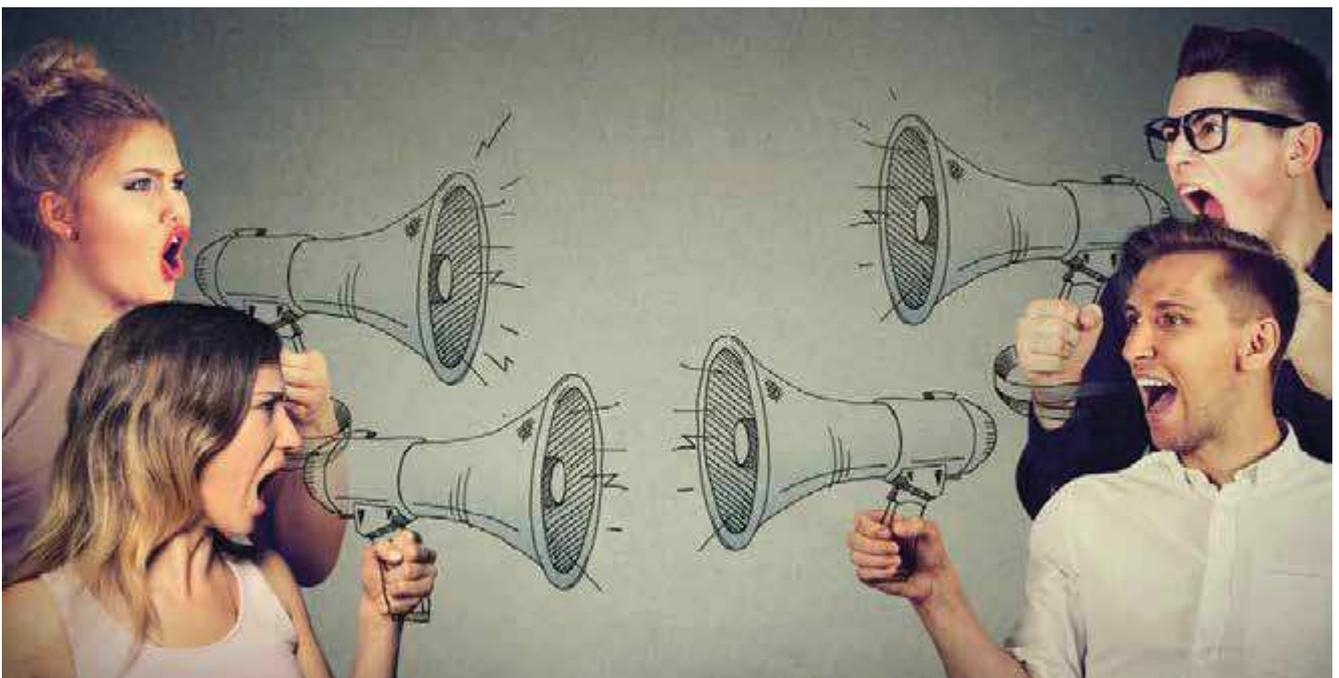
Zusammenwachsen muss, was zusammengehört

Während Politiker ihr Handeln fortwährend als ultimativen Beitrag für den gesellschaftlichen Fortschritt stilisieren, um im gleichen Atemzug den politischen Wettbewerber als verantwortungslos zu diskreditieren, lenkt Mediation den Blick auf die Absicht hinter der Aktion. Es geht nicht um die Entscheidung zwischen Gut und Schlecht, sondern um das Erkennen der guten Absicht auch beim politischen Gegner, um auf Basis von Verständnis und Respekt konstruktiv über den tatsächlich besten Weg zu verhandeln. Profilierung nicht auf Kosten anderer, sondern Positionierung auf Grundlage fundiert argumentierbarer Überzeugung.

„Gerade, weil im Rahmen einer Mediation moralische Beweg- und Hintergründe auf den Tisch kommen, ist es möglich, die Mediation als Veranstaltung insgesamt moralfrei zu halten“, so Prußky. Mediation kann so helfen, Demokratie neu zu organisieren. Sie fördert die Streitkultur, stellt aber niemals die Machtfrage oder Macht infrage. Der Mediator bleibt stets neutral.

Baden-Württemberg 2016 – der *gelungene* Lackmustest!

Vieles wird als Mediation bezeichnet. Tatsächlich aber handelt es sich zumeist um Moderation oder Schlichtung. Ausnahme: Baden-Württemberg 2016; ein hoch eskalierter Konflikt im Landtag. Im auch medialen Epizentrum werden Antisemitismusvorwürfe gegen einen Abgeordneten der AfD erhoben. Die Partei ist zerstritten, die Fraktion gespalten. Ein Déjà-vu, denn so ähnlich bereits erlebt:



Düsseldorf, Februar 2003. Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die bereits seit Monaten auf Bundes- und Landesebene der FDP erbittert geführte Debatte um Rolle und Verbleib ihres prominenten Abgeordneten Jürgen W. Möllemann erreicht mit dem gescheiterten Versuch des Fraktionsausschlusses einen neuen Höhepunkt. Der Streit wird nur noch öffentlich ausgetragen. Interne Kommunikationswege zwischen den Lagern sind abgeschnitten. Zwischenmenschliche Verwerfungen. Vorwürfe und Unterstellungen prägen das Klima. Wenige Monate später ist Jürgen Möllemann tot.

Stuttgart, Juli/August 2016. Landtag von Baden-Württemberg. Heillos zerstritten über den Umgang mit einem Abgeordneten, dem der Vorwurf des Antisemitismus auch aus den Reihen seiner eigenen Partei gemacht wird, spaltet sich nach dem missglückten Versuch des Fraktionsausschlusses eine vierzehnköpfige Gruppe ab und gründet unter dem Namen Alternative für Baden-Württemberg eine neue Fraktion. In der Ursprungsfraktion verbleiben acht Abgeordnete. Rechtlich zweifelhaft, politisch auf Dauer undenkbar, einigen sich beide Seiten schließlich darauf, die erste Mediation in der bundesdeutschen Politik durchzuführen.

Das öffentliche Interesse an dem folgenden Verfahren ist erwartungsgemäß groß. Die AfD, in der veröffentlichten Meinung durchgehend *mindestens* als rechtspopulistisch verortet, generiert Aufmerksamkeit. Sind die Medien bereit, die unverhandelbaren Assets einer professionellen Mediation, insbesondere Allparteilichkeit und Amoralität, tatsächlich anzuerkennen und einem Reflex der Diskreditierung des Mediators zu widerstehen? Die begleitende Öffentlichkeitsarbeit des Mediators, die sich nicht auf Abwehr naturgemäß auch kritischer Fragen beschränkt, vielmehr auf Erklärung und Aufklärung über die Möglichkeiten einer Mediation als Mittel effizienter Deeskalierung setzt, trägt wesentlich zu der fairen und sachgerechten Berichterstattung bei. Nach der Mediation vereinigen sich beide Fraktionen wieder.

Nordrhein-Westfalen 2003, Baden-Württemberg 2016. Zwei stark eskalierte und politisch hoch brisante Konflikte; die Beteiligten unter intensiver medialer Beobachtung stehend. Damals der mit einem menschlich tragischen Ende gescheiterte Ver-



such einer rein parteiinternen „Problemlösung“. Nun die Entscheidung der Betroffenen, sich einer Mediation zu stellen. Zwei vergleichbare Sachverhalte. Zwei unterschiedliche Wege. Zwei diametral gegensätzliche Ergebnisse. Mediation hat sich für die Lösung gravierender Konflikte im politischen Raum empfohlen.

Fazit

Mediation in der Politik kann einen wesentlichen Beitrag leisten, den demokratischen Prozess im Interesse von Substanz, Transparenz und Effizienz von Ritualen befreit zu organisieren. Überparteilichkeit und Amoralität schaffen die Grundlage für einen intellektuell redlichen und respektvollen Wettstreit zwischen den Parteien. Diese bündeln Interessen, artikulieren Positionen und werben um Mehrheiten für die Arbeit in den Parlamenten. Die Implementierung mediatorischer Elemente schafft neue Akzeptanz für politische Entscheidungen. Mediatoren verfügen über die Expertise, politische Prozesse in diesem Sinne zu begleiten und Politiker mit dem Instrumentarium professioneller Mediation vertraut zu machen.

Literatur

- Dittbner, Jürgen (2008): Abgeordnetenmobbing. Online abrufbar unter: https://www.uni-potsdam.de/u/PolWi_Dittb/gedanken/abgeordnete.doc.
- Meyer, Thomas (2002): Mediokratie – Auf dem Weg in eine andere Demokratie? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Medien und Wahlkampf, Heft B 15–16, S. 7–14.
- Prußky, Christine (2017): Nicht, dass wir uns jetzt missverstehen ... TAZ, 18. Juni, Beilage IV, S. 44.
- schlichtung-s21.de (2010): Schlichtung Stuttgart 21. Online abrufbar unter: https://www.lpb-bw.de/schlichtung_s21.html.

Dr. Gernot Barth



Direktor der Akademie für Mediation, Soziales und Recht an der Steinbeis-Hochschule Berlin. Mediator, Berater und Herausgeber des Fachmagazins *Die Mediation*.

Dr. Stefan Grüll



Rechtsanwalt; Schwerpunkt Medien. PR / Krisen-PR. Mediator (Wirtschaft). Ehem. Abgeordneter. Kontakt: www.dr-gruell.de.